

Alois Arnold
Landrat
Staldengasse 8
6463 Bürglen

Bürglen, 1. Oktober 2008

**Interpellation zu einem geplanten Agrarfreihandelsabkommen mit der EU –
Auswirkungen auf den Kanton Uri**

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Im März 2008 hat der Bundesrat entschieden, mit der EU Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL) aufzunehmen. Ein allfälliger Abschluss würde für die Landwirtschaft, aber auch für die vor- und nachgelagerten Sektoren, massive wirtschaftliche Folgen haben. Die wichtigsten Kostenfaktoren der Schweizer Landwirtschaft wie Baukosten, Lohnkosten, Kosten für die Erfüllung von Tierschutz- und Umweltvorschriften sowie Kosten für Energie und Wasser werden durch ein FHAL nicht oder kaum betroffen. Die Schweizer Landwirtschaft und die Urner Berglandwirtschaft im speziellen sind deshalb bei den Produzentenpreisen wegen den ungleich langen Spiessen mit den EU-Ländern überhaupt nicht konkurrenzfähig.

Auch für die Konsumenten wird ein Freihandelsabkommen nicht nur Vorteile bringen. Insbesondere bei der Produktessicherheit ist mit negativen Auswirkungen zu rechnen. Die Schweiz hat nämlich im Lebensmittelbereich strengere Vorschriften als die EU. Es ist wohl kaum davon auszugehen, dass die EU die Tierschutz- und Umweltvorschriften auf das Schweizer Niveau anheben wird.

Auf Grund der zahlreichen kleinen Betriebe und der schwierigen topografischen Bedingungen im Berggebiet wird die Landwirtschaft im Kt. Uri durch ein FHAL besonders hart getroffen werden.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie steht die Urner Regierung generell zu einem FHAL mit der EU?
2. Teilt der Regierungsrat die Befürchtungen, dass der hohe Standard punkto Ökologie, Tierschutz und naturnaher Produktion in der Schweiz mit einem FHAL mit der EU in Frage gestellt wird?
3. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass die Nahrungsmittelproduktion in der Region sinnvoller, ökologischer und naturfreundlicher ist, als die Nahrungsmittel hunderte von Kilometern zu transportieren?
4. Welche Auswirkungen erwartet der Regierungsrat von einem FHAL mit der EU in Bezug auf die landwirtschaftlichen Strukturen und die Anzahl Betriebe im Kanton Uri?
5. Welche Auswirkungen sieht der Regierungsrat bezüglich Landschaftspflege, touristische Entwicklung und dezentraler Besiedlung, wenn die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe im Kt. Uri weiter abnimmt?

6. Ist davon auszugehen, dass bei einem Freihandelsabkommen das landwirtschaftliche Strukturleitbild des Kt. Uri angepasst, und auf grössere Betriebe ausgerichtet werden muss?
7. Über allfällige Begleitmassnahmen des Bundesrates ist noch nichts bekannt. Welche kompensierenden Massnahmen, finanzieller und nicht finanzieller Art, könnte sich der Regierungsrat für die Urner Landwirtschaft vorstellen, damit das FHAL einigermassen sozialverträglich umgesetzt werden kann?
8. Wie beabsichtigt der Regierungsrat die Anliegen des Bergkantons Uri auf Bundesebene einzubringen?

Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Behandlung Interpellation.

Der Erstunterzeichner:

Alois Arnold



Der Zweitunterzeichner:

Hansheiri Ziegler

